

## Erhard Eppler kritisiert Russland-Politik des Westens

**Der SPD-Politiker Erhard Eppler kritisiert in Heft 7/2015 der Monatszeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* unter dem Titel »Demütigung als Gefahr. Russland und die Lehren der deutschen Geschichte« die Politik des Westens im Ukraine-Konflikt:**

Heute ist es auch in Deutschland so etwas wie ein Denksport, über die finsternen Absichten Putins zu spekulieren. Wollen wir damit vergessen machen, was wir selbst versäumt haben? Warum ist niemand auf die Idee gekommen, mit Putin über das Assoziationsabkommen mit der Ukraine zu reden? Jetzt, nachträglich tun wir es ja, aber nun ist es zu spät. (...)

Es geschah auf der Krim, mit der Krim. Erst die Sezession, also der Beschluss des zuständigen Parlaments, sich von der Ukraine zu trennen und der Russischen Föderation beizutreten. Natürlich haben Russen dabei mitgewirkt. Aber immerhin hat kein einziger Mensch dafür sterben müssen. Die Zustimmung von 97 Prozent war sicher nicht völlig identisch mit den Meinungen im Land. Aber dass die Mehrheit der Krim-Bewohner zu Russland wollte, war und ist kaum zu bezweifeln. Das zeigt sich auch heute. Zwar wird in Kiew einfach die Rückgabe der Krim verlangt, aber ohne die Leute dort überhaupt zu fragen. Wenn Frau Merkel zwar immer wieder – formal korrekt – die Verletzung des Völkerrechts tadelt, aber nie andeutet, wie sie sich reparieren ließe, hat dies wohl einen guten Grund: Kann gerade sie, die Deutsche, verlangen, dass die Krim, was immer ihre Bewohner wollen, wieder ukrainisch wird? Schließlich haben wir Deutschen uns vierzig Jahre lang nicht auf das Völkerrecht, sondern auf das Selbstbestimmungsrecht berufen. Und das soll nun für die Krim-Bewohner nicht mehr gelten? (...) Im übrigen ist die Weltgeschichte kein Amtsgericht. Das Völkerrecht ist zweifellos ein wichtiger Maßstab. Ich bin aber kein Jurist, sondern Politiker. Für mich noch wichtiger ist, bei der Abwägung einer politischen Aktion, was diese für die betroffenen Menschen zur Folge hat. Offenbar fühlen sich die meisten Krim-Bewohner in Russland ganz wohl, vielleicht sogar zu Hause. (...)

Es wird Zeit für eine nüchterne Analyse der Interessen, die in diesem Konflikt wirksam sind. Am einfachsten lassen sich die der USA definieren. In seiner jüngsten Botschaft zur Lage der Nation hat Präsident Obama den Ukraine-Konflikt nur gestreift. Stolz hat er den amerikanischen Erfolg gefeiert: Die NATO sei dadurch gestärkt, Russland sei isoliert, und die russische Wirtschaft liege am Boden.

In der Tat kann kein anderes Land eine solch positive Bilanz ziehen. Kein Wunder, dass die USA niemals über ein Ende des Konflikts nachdenken und, zumal unter Republikanern, massive Waffenlieferungen an die Ukraine verlangt werden. Obama bremst aus Rücksicht auf die Bundesrepublik und Frankreich. Und er hat immerhin das Minsker Abkommen nicht verhindert. Aber die drei »Erfolge« – gestärkte NATO, isoliertes Russland mit ruinierte Wirtschaft – sind Ergebnisse der Fortsetzung des Konflikts, nicht seiner Beilegung.

Von Beginn des Konflikts an wurde vom State Department in Washington primär Ministerpräsident Jazenjuk und nicht Staatspräsident Poroschenko unterstützt. Jazenjuks – reichlich ehrgeiziges – Interesse ist es, die Gesamtmacht der NATO gegen Russland zu mobilisieren. Das kann nur gelingen, wenn die USA massiven Druck auf die Europäer ausüben. Das tun sie bislang – aus Sicht Jazenjuks – nicht ausreichend.

Während die baltischen Länder und Polen der amerikanischen Position sehr nahe sind, hat sich auf dem Kontinent ein genuin europäisches Interesse herauskristallisiert, vor allem getragen von Frankreich, Deutschland und den südeuropäischen Ländern. Es ist deren vitales Interesse, diesen Konflikt beizulegen und anschließend über eine Friedensordnung in Europa nachzudenken, die Russland einschließt.

## Ludger Volmer und die Doppelmoral des Westens

**Der frühere Grünen-Politiker Ludger Volmer, von 1998 bis 2002 als Staatsminister im Auswärtigen Amt mitverantwortlich für den völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Jugoslawien, hat am Donnerstag im Interview mit dem *Deutschlandfunk* das Vorgehen des westlichen Militärpakts im Ukraine-Konflikt kritisiert:**

### **Herr Volmer, drehen beide Seiten an der Spirale?**

Ja, das muss man leider so sagen. Jede Seite wirft zwar der anderen vor, zu eskalieren beziehungsweise das Völkerrecht nicht einzuhalten, und leitet daraus die Legitimation für eigene Schritte ab. Aber im Ergebnis führt dies dazu, dass wir am Beginn einer neuen Rüstungsspirale stehen, denn es ist ja absehbar, dass jede Seite reagieren wird auf Maßnahmen der anderen Seite, und so werden sich die Dinge aufschaukeln. Wir sehen den Beginn eines Kalten Krieges, und der wird sich so weit entwickeln, bis die Frage der atomaren Waffen wieder auf der Tagesordnung steht, und man kann nur hoffen, dass der Prozess dann gestoppt wird wie schon 1989/90, als der Kalte Krieg wieder beendet wurde durch eine Beendigung der Blockkonfrontation. Was wir im Moment sehen, ist jedenfalls eine höchst gefährliche und ungesunde Entwicklung.

(...) Die Besetzung der Krim durch Russland war ein Bruch des Völkerrechts, und es ist völlig klar, dass die internationale Gemeinschaft darauf reagieren muss. Aber man kann nicht sagen, dass dies der Beginn war. Die Krim wurde besetzt, nachdem in der Ukraine eine gewählte Regierung weggeputscht worden war. Wir im Westen nennen das demokratische Erneuerung, weil Demokraten diesen Putsch gemacht haben, allerdings in Verbindung mit vielen rechtsradikalen und nationalistischen Elementen. Und das erste, was das Parlament damals gemacht hat, war zu beschließen, dass die russische Sprache in der Ostukraine verboten werden soll. Das wurde zwar einen Tag später wieder zurückgenommen, aber in Moskau wurde das wahrgenommen als aggressiver Akt, der sich gegen die russische Minderheit in der Ukraine richtet, und so hat man dann zu den Mitteln gegriffen, die man der eigenen robusten Mentalität entsprechend für naheliegend hielt. (...)

### **Um das noch mal festzuhalten. Das sagen ja nicht so viele westliche Politiker, auch heute nicht. Aber Sie haben es jetzt eben gesagt: Der politische Wechsel in der Ukraine war für Sie ein klarer Putsch?**

Ja, in der Tat. Was soll das sonst gewesen sein? Das war eine Revolution. Die hat eine gewählte Regierung aus dem Amt gejagt. Die gewählte Regierung war bestimmt schlecht, und es gab viele gute Gründe, sie loswerden zu wollen. Aber wenn eine Revolution von der Straße eine Regierung davonjagt, die vorher demokratisch gewählt worden war, was soll das sonst sein? Der Westen redet sich das gerne schön.

Wenn dann aber ein anderer Teil des ukrainischen Volkes, nämlich die Ostukraine nicht mitmachen will und wiederum aus dem neuen ukrainischen Staatsverband austreten will, dann gilt das als illegitim, und das ist die Heuchelei und die Doppelmoral der westlichen Politik. (...)

### **(...) Ist das Doppelmoral, einerseits Putin ein bisschen einzuladen, zum Dialog aufzufordern (...), und auf der anderen Seite jetzt mit der NATO massiv zu demonstrieren, wir sind stark?**

Ich frage mich, welche Bedrohungsanalyse eigentlich dahinter steckt. Entweder ist Russland tatsächlich eine wieder gefährliche Macht; dann reicht das, was die NATO gerade gemacht hat, überhaupt nicht aus. Oder aber Russland ist nicht gefährlich, wie Putin ja auch nicht müde wird zu behaupten; dann muss man fragen, ob die Maßnahmen, die die NATO jetzt ergriffen hat, nicht eher schädlich sind. Denn es gibt das sogenannte Sicherheitsdilemma. Indem man sich gegen eine Gefahr wappnet, die vielleicht gar nicht da ist, provoziert man auf der anderen Seite militärische Maßnahmen erst, die diese Gefahr hervorrufen. (...)